



LANDKREIS LÜNEBURG



HANSESTADT LÜNEBURG

Finanzvertrag 2020-2029



Finanzvertrag

zwischen Landkreis und Hansestadt Lüneburg

Präambel

Die Hansestadt Lüneburg und der Landkreis Lüneburg bekräftigen ihr stetes gemeinsames Streben nach einer optimalen Entwicklung des gesamten Lüneburger Raumes zur Förderung des Wohles ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Zur bürgernahen, wirtschaftlichen und sachgerechten Wahrnehmung ihrer kommunalen Aufgaben sind partnerschaftliche Regelungen zur Trägerschaft wichtiger Aufgabenbereiche (insbesondere der Sozialhilfe, der Eingliederungshilfe, der Jugendhilfe und der Schulen sowie der Mobilität und Krankenhausversorgung) erforderlich, die den Besonderheiten in der Region angemessen Rechnung tragen. Eine der jeweiligen Aufgabenverantwortung entsprechende Ausgestaltung der Finanzbeziehungen ist dabei in Ergänzung der gesetzlichen Regelungen geboten.

Soweit nicht Gesetz oder Vertrag dies abweichend regeln, wird die Hansestadt Lüneburg mit den anderen kreisangehörigen Gemeinden gleichbehandelt.

Unter Respektierung der besonderen Stellung der Hansestadt Lüneburg als große selbstständige Stadt und auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens sind Hansestadt und Landkreis Lüneburg übereingekommen, ihre bisherigen vertraglichen Beziehungen den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und den Finanzvertrag vom 09.08.2010 insgesamt wie nachstehend ausgeführt neu zu fassen.

Dies vorausgeschickt schließen

die Hansestadt Lüneburg (nachfolgend Hansestadt genannt)

und

der Landkreis Lüneburg (nachfolgend Landkreis genannt)

folgende **V E R E I N B A R U N G** inklusive einer **Protokollnotiz**

§ 1 Grundsatz

Die Hansestadt wird den anderen Gemeinden des Landkreises bei Kreisumlage und Zuweisungen gleichgestellt, soweit nicht in diesem Vertrag Abweichendes vereinbart ist.

§ 2 Sozialhilfe, Eingliederungshilfe, Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

- (1) Der Landkreis zieht die Hansestadt gemäß § 4 Abs. 1 Nds. AG SGB IX/XII durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Durchführung sämtlicher Aufgaben des örtlichen Trägers der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe nach dem SGB IX und SGB XII in ihrem Gebiet heran.
- (2) Die von der Hansestadt erbrachten Netto-Transferleistungen (Saldo von Transferauszahlungen und -einzahlungen) werden zu 100 % vom Landkreis erstattet.
- (3) Für den dem Zweckaufwand zuzurechnenden Personal- und Sachaufwand zahlt der Landkreis eine Jahrespauschale in Höhe von 2.000.000 Euro. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses entspricht dies ca. 75 % der zugrunde gelegten Personal- und Sachaufwendungen der Hansestadt. Sie ist – beginnend mit dem Jahr 2020 – um den Satz linearer Besoldungs- und Entgeltänderungen anzupassen. Das der Pauschale zugrundeliegende Personaltabelleau und die Fallzahlen pro Mitarbeiter ergeben sich aus der Anlage 2.
- (4) Die Erstattung der von der Hansestadt Lüneburg nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erbrachten Netto-Transferleistungen richtet sich nach Abs. 2. Der dem Zweckaufwand zuzurechnende Personal- und Sachaufwand ist in der Jahrespauschale nach Abs. 3 enthalten.
- (5) Die Beteiligung des Landkreises an den Kosten der Hansestadt für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern wird gesondert geregelt.

§ 3 Jugendhilfe

- (1) Die Hansestadt bleibt örtliche Trägerin der Jugendhilfe.
- (2) Der Landkreis erstattet der Hansestadt die im Rahmen der Aufgaben der Jugendhilfe und des Unterhaltsvorschusses anfallenden Netto-Transferleistungen (Saldo von Transferauszahlungen und -einzahlungen) (nachfolgend Zweckaufwand) entsprechend der nachfolgenden Regelungen. Die Produkte, die der Abrechnung des Zweckaufwands zugrunde liegen, ergeben sich aus der Anlage 3.

Nr. 1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

- a) Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII wird zu 50% erstattet. Die Kosten für Jugendzentren und die Stadtjugendpflege werden nicht erstattet.
- b) Projekte der Jugendsozialarbeit im Sinne von §13 SGB VIII und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 VIII SGB VIII tragen Hansestadt und Landkreis jede für sich. Die Vertragspartner wirken darauf hin, Kooperationen in diesem Bereich einzugehen oder Projekte gemeinsam zu fördern (z. B. PACE, HaLT).

Nr. 2 Förderung der Erziehung in der Familie

- a) Hansestadt und Landkreis setzen sich über Maßnahmen und Projekte im Rahmen der Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie im Sinne von § 16 SGB VIII, deren Zweckaufwand erstattet werden soll, ins Benehmen. Hierzu übermittelt die Hansestadt dem Landkreis eine Liste der für das jeweils nächste Haushaltsjahr anstehenden Projekte und Maßnahmen. Die Vertragspartner streben dabei an, die Zusammenarbeit in diesem Bereich stetig auszuweiten.
- b) Die Aufgabenwahrnehmung nach § 17 SGB VIII wird für die Hansestadt durch die Erziehungsberatungsstelle des Landkreises sichergestellt. Die Hansestadt beteiligt sich an den durch Erlöse einschließlich Zuschüsse Dritter nicht gedeckten Kosten im Sinne von § 5 Abs. 2 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) im Verhältnis der Zahl ihrer Einwohner zu der der übrigen Einwohner des Landkreises. Der jährliche Produkthaushaltsplan der Erziehungsberatungsstelle ist der Hansestadt zur Herstellung des Benehmens bis zum 30.09. des Vorjahres vorzulegen.
- c) Der Zweckaufwand der im Sinne von § 18 SGB VIII wird erstattet.
- d) Gleiches gilt für den Zweckaufwand für Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder nach § 19 SGB VIII und
- e) den Zweckaufwand für Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen § 20 SGB VIII.

Sollten in Kooperationsvereinbarungen abweichende Regelungen getroffen worden sein, so gehen diese dem Finanzvertrag vor.

Nr. 3 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Der Zweckaufwand der Normalen Tagespflege nach § 23 SGB VIII wird erstattet.

Nr. 4 Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige

a) Hilfen zur Erziehung (HzE) und Hilfen für junge Volljährige §§ 27 bis 35 und § 41 SGB VIII

Es wird differenziert nach dem Zweckaufwand der HzE für Kinder und Jugendliche (Alter bis 18 Jahre) und Hilfen für junge Volljährige (Alter zwischen 18 und 21 Jahren).

Maßstab für die Angemessenheit des Zweckaufwands sind die Werte „Zuschussbedarf HzE pro Einwohner unter 18 Jahren“ und „Zuschussbedarf Hilfen für junge Volljährige pro Einwohner im Alter von 18 bis unter 21 Jahren“ der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN) des Clusters, dem die Hansestadt angehört. Die Zahl der Einwohner der Hansestadt der jeweiligen Altersklasse ist der Statistik des Landesamtes für Statistik Niedersachsens mit Stand 31.12. des Jahres, welches der Erstattung vorausgeht zu entnehmen. Erstattet werden die tatsächlichen Zweckaufwendungen der Hansestadt. Überschreitet der Zweckaufwand den Durchschnittswert des Clusters um mehr als 10 %, so werden die Vertragspartner in einem einvernehmlichen Prozess die Gründe für die Überschreitung evaluieren und sich über mögliche Maßnahmen abstimmen.

b) Eingliederungshilfe (EGH) § 35a SGB VIII

Erstattet werden die Zweckaufwendungen der EGH, solange die sachliche Zuständigkeit nicht nach § 3 des Niedersächsischen Gesetz zur Ausführung des IX/XII Buches des Sozialgesetzbuches (Nds. AG SGB IX/XII) auf den überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe übergegangen ist. Die Höhe der Erstattung bemisst sich entsprechend der Regelung unter a). In Zweifelsfällen verständigen sich Hansestadt und Landkreis über den Übergang des Falles von der EGH nach SGB VIII zu SGB IX im Vorfeld.

Nr. 5 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Der Zweckaufwand für Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen § 42 SGB VIII wird erstattet.

Sollten in Kooperationsvereinbarungen abweichende Regelungen getroffen worden sein, so gehen diese dem Finanzvertrag vor.

Nr. 6 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren

Der Zweckaufwand der Adoptionsvermittlung nach § 51 SGB VIII wird nach den § 3 des Vertrages über die Errichtungen einer gemeinsamen Adoptionsstelle abgerechnet.

Nr. 7 Übernahme von Elternbeiträgen § 90 Abs. 3 SGB VIII

Der Zweckaufwand nach § 90 Abs. 3 SGB VIII wird erstattet.

Nr. 8 Unterhaltsvorschuss nach Unterhaltsvorschussgesetz

Die Hansestadt kann den Zweckaufwand für den Unterhaltsvorschuss nur insoweit geltend machen, als sie eine Rückholquote erzielt, die dem gewogenen Durchschnitt der jeweiligen Rückholquoten von Hansestadt und Landkreis entspricht. Das unter Anwendung der Quote ermittelte Defizit wird erstattet. Ein Überschuss verbleibt in vollem Umfang bei der Hansestadt.

- (3) Für den dem Zweckaufwand zuzurechnenden Personal- und Sachaufwand zahlt der Landkreis eine Jahrespauschale in Höhe von 3.750.000 Euro. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses entspricht dies ca. 75 % der zugrunde gelegten Personal- und Sachaufwendungen der Hansestadt. Sie ist – beginnend mit dem Jahr 2020 – um den Satz linearer Besoldungs- und Entgeltänderungen anzupassen. Das der Pauschale zugrundeliegende Personaltableau und die Fallzahlen pro Mitarbeiter ergeben sich aus der Anlage 4.
- (4) Abweichend von Absatz 2 gelten für die Betriebskosten der Kindertagesstätten im Gebiet der Hansestadt jeweils die Regelungen, die auch für die übrigen Gemeinden des Landkreises Anwendung finden. In Verhandlungen über die Anpassung solcher Regelungen wird die Hansestadt einbezogen.

§ 4 Schulen

- (1) Die Hansestadt bleibt Trägerin der Schulen des Sekundarbereiches I und II einschließlich der Förderschulen, die am 01.01.1996 in ihrer Trägerschaft standen, sowie der inzwischen errichteten Integrierten Gesamtschulen in Lüneburg. Der Landkreis erstattet der Hansestadt hierfür die nicht unter § 117 Nds. Schulgesetz (NSchG) fallenden Netto-Auszahlungen (Saldo von Auszahlungen und Einzahlungen) in Höhe von 80 %.
- (2) Geplante schulbauliche Sondermaßnahmen (größere Instandsetzungen) für den mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum sind jeweils bis zum 30.09. eines Jahres für das Folgejahr mit dem Landkreis abzustimmen. Dabei wird jeweils einvernehmlich festgelegt, welche Maßnahmen in welchem Umfang als größere Instandsetzungen angesehen werden. Sie werden grundsätzlich ebenfalls nach § 118 Abs. 1 NSchG abgerechnet. Bei den abgestimmten Sondermaßnahmen wird ein Abschlag von 25 % vorgenommen. Erst dann ist auf diesen Betrag die Erstattungsquote in Höhe von 80 % als Anteil des Landkreises anzuwenden.

§ 5 Unterstützung bei der Wahrnehmung oberzentraler Funktionen

- (1) Der Landkreis ist bereit, die Hansestadt Lüneburg bei oberzentralen Funktionen im Rahmen der Investitionsförderung zu unterstützen (siehe Protokollnotiz Nr. 1 – 3).
- (2) Die Hansestadt Lüneburg ist das wirtschafts-geografische Zentrum des Landkreises und damit sein verkehrlicher Verknüpfungspunkt. Alle Entwicklungen mit dem Ziel einer modernen Verkehrspolitik können daher nur von Landkreis und Hansestadt gemeinsam bewältigt werden. Deshalb wird vereinbart: Landkreis und Hansestadt Lüneburg arbeiten bei der Entwicklung und Umsetzung zukunftsorientierter Verkehrskonzepte vertrauensvoll zusammen. Der Landkreis erklärt sich bereit, den Personalaufwand für eine halbe Stelle einer Verkehrsfachkraft nach E 11 Stufe 3 TVöD zu erstatten. Darüber hinaus wird sich der Landkreis an den investiven Kosten der Neuschaffung verkehrlicher Infrastruktur nach konkreter Absprache im Einzelfall beteiligen.
- (3) Die konkrete Höhe der Zuweisungen nach den Absätzen 1 und 2 wird in den entsprechenden Zuwendungsbescheiden festgelegt.
- (4) Der Landkreis übernimmt von der Hansestadt zum 01.01.2021 24,9 Prozentpunkte des 50 %igen Anteils der Hansestadt an der gemeinnützigen Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis Lüneburg mbH (damit halten der Landkreis künftig 74,9 % bzw. die Hansestadt 25,1 % der Gesellschaftsanteile).
- (5) Der Landkreis übernimmt von der Hansestadt zum 01.01.2022 24,9 Prozentpunkte des 50 %igen Anteils der Hansestadt an der Theater Lüneburg GmbH (damit halten der Landkreis künftig 74,9 % bzw. die Hansestadt 25,1 % der Gesellschaftsanteile).

§ 6 Musikschule

- (1) Die Hansestadt bleibt Trägerin der Musikschule.
- (2) An den durch Erlöse einschließlich Zuschüsse Dritter nicht gedeckten Kosten nach § 5 Ab. 2 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) beteiligt sich der Landkreis im Verhältnis der Schülerzahlen der Hansestadt zu denen aus dem übrigen Gebiet des Landkreises, mindestens aber zu 45 %. Maßgeblich sind die Schülerzahlen, wie sie sich zum 01.01. eines jeden Jahres ergeben und auch der Jahresstatistik für den Verband Deutscher Musikschulen zugrunde gelegt werden.
- (3) Der jährliche Produkthaushaltsplan Musikschule ist dem Landkreis zur Herstellung des Benehmens bis zum 30.09. des Vorjahres vorzulegen.

§ 7 Regelungen zum ruhenden und fließenden Verkehr

- (1) Der ruhende Straßenverkehr in der Hansestadt wird von der Hansestadt überwacht. Auf ihren Antrag wird der Landkreis die dafür von ihr vorgeschlagenen Bediensteten ermächtigen, diese Tätigkeit als Hilfsorgane des Landkreises durchzuführen. Die Verwarngelder fließen der Hansestadt zu. Damit ist der Sach- und Personalaufwand der Überwachung abgegolten.
- (2) Der fließende Verkehr wird auch in der Hansestadt vom Landkreis überwacht. Auf Antrag des Landkreises wird die Hansestadt die dafür von ihm vorgeschlagenen Bediensteten zu Verwaltungsvollzugsbeamten ernennen.
- (3) Die Hansestadt behält sich vor, in ihrem Gebiet im Benehmen mit dem Landkreis Lüneburg feste Überwachungseinrichtungen auf ihre Kosten zu installieren und zu betreiben. Die Einzelheiten, auch über die hieraus resultierende Verteilung von Erträgen und Aufwand, bleiben einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

§ 8 Projekte interkommunaler Zusammenarbeit

Um Aufgaben wirtschaftlicher zu erfüllen und gleichzeitig den Service für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, haben die Hansestadt und der Landkreis eine Vielzahl von Vereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit abgeschlossen, die unabhängig von diesem Vertrag weiterbestehen.

§ 9 Zahlungsverpflichtungen

Die sich aus diesem Vertrag ergebenden wechselseitigen Zahlungsverpflichtungen sind in acht Teilbeträgen zu den im § 21 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich (NFAG) festgesetzten Terminen zu zahlen. Bis zur jeweiligen Bekanntgabe der Finanzausgleichsleistungen und Festsetzung der endgültigen Kreisumlage sind Abschlagszahlungen in Höhe der Festsetzungen des Vorjahres zu leisten. Das Gleiche gilt für die übrigen wechselseitigen Zahlungsverpflichtungen. Soweit Abrechnungen nach den tatsächlichen Rechnungsergebnissen vorgesehen sind, sind diese spätestens bis zum 01.04. des Folgejahres durchzuführen. Hierbei ist auch eine Anpassung der Abschläge durchzuführen.

§ 10 Überprüfung der Vereinbarung

- (1) Die Vertragsparteien können bei wesentlicher Veränderung der Verhältnisse eine Anpassung nach den Grundsätzen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage verlangen. Als wesentliche Veränderung gilt insbesondere eine durch Gesetz oder auf Antrag erfolgte Zuständigkeitsverlagerung, die eine bedeutende finanzielle Be- oder Entlastung des Landkreises oder der Hansestadt zur Folge hat.
- (2) In der Zeit vom 01.01.2025 bis zum Ende der Vertragslaufzeit können Landkreis und Hansestadt Verhandlungen über eine Anpassung der Jahrespauschalen für den dem Zweckaufwand zuzurechnenden Personal- und Sachaufwand nach § 2 Abs. 3 und § 3 Abs. 3 verlangen. Dieses Recht kann von jeder Vertragspartei nur einmal ausgeübt werden. Es beschränkt sich auf eine Überprüfung des der Jahrespauschale zugrundeliegenden Personaltableaus und der Fallzahlen pro Mitarbeiter.

§ 11 Vertragsdauer

Diese Vereinbarung tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft. Sie gilt bis zum 31.12.2029 und jeweils für ein weiteres Jahr, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von zwölf Monaten zum Ende der jeweiligen Gültigkeitsdauer gekündigt wird.

Anlagen

1. Protokollnotiz zum Finanzvertrag
2. Personaltableau u. Fallzahlenübersicht zu § 2
3. Übersicht der Produkte zu § 3
4. Personaltableau u. Fallzahlenübersicht zu § 3

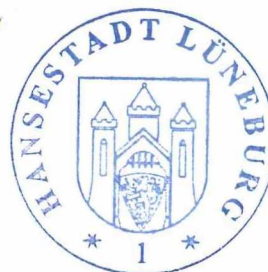
Lüneburg, 18. Dezember 2020

Landkreis Lüneburg


Jens Böther
Landrat

Hansestadt Lüneburg


Ulrich Mäde
Oberbürgermeister



Protokollnotiz

für den Finanzvertrag zwischen Landkreis und Hansestadt Lüneburg

vom 18.12.2020

1. Investitionsförderung Krankenhausentwicklung:

Der Landkreis Lüneburg und die Hansestadt Lüneburg vertreten gemeinsam die Auffassung, dass die Gesundheitsversorgung und hierbei insbesondere die Krankenhausversorgung zentrale Aufgabenstellungen der kommunalen Daseinsvorsorge sind.

Der Hansestadt ist es dabei wichtig, für die anstehenden bzw. bereits angelaufenen Investitionsvorhaben eine Beteiligung des Landkreises Lüneburg zu erreichen, um die Entwicklung der Erhaltung der kommunalen Krankenhausinfrastruktur zu ermöglichen.

Dem Landkreis ist es wichtig, die Einbettung der Gesundheitsholding im Konzern Hansestadt Lüneburg und die sich daraus ergebenden finanziellen Beziehungen zu kennen und in die Entwicklung einbezogen zu sein. Für den Landkreis ist dabei weiterhin von besonderer Bedeutung, wie sich die Gesundheitsholding bei Lösungen bei Problemen der ärztlichen Versorgung des ländlichen Raumes einbringen wird.

Konkret stehen von 2020 bis 2030 folgende Investitionsprojekte an (siehe Anlage 2 „Zusammenfassung Finanzbedarf“):

- PKL Zentralisierung Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) (Neubau)
- SKL AEMP/4-Bettzimmer-Sanierung
- SKL Neubau Ersatzbettenhaus
- SKL Neubau Funktionsbau

Der Landkreis Lüneburg stellt für die anstehenden baulichen Investitionen der Kliniken bis zum Jahre 2030, bis zu 20 Millionen Euro zur Verfügung. Voraussetzung dafür wäre, dass sich auch die Hansestadt Lüneburg in gleicher Höhe beteiligt. Eine Beteiligung sollte dann grundsätzlich in Höhe von maximal 50% der förderfähigen und nicht von anderen Fördergebern gedeckten Kosten des jeweiligen Projektes bis zum o.g. Gesamtvolumen erfolgen und steht unter dem Vorbehalt des jeweils genehmigten Haushaltes des Landkreises.

Entsprechende Eckpunkte für die Beteiligung des Landkreises Lüneburg werden in einer gesonderten Vereinbarung bis zum 31.07.2021 vereinbart. Im Einzelnen sind diese:

- Zeitplan für die Umsetzung der angedachten Investitionen inkl. der Kosten
- Regelung des Zahlungsmittelflusses in Verbindung mit dem jeweiligen Baufortschritt der Projekte. In diesem Zusammenhang sagt die Hansestadt zu, diese Vorgänge durch das Controlling der Hansestadt zu begleiten.

- Der Landkreis Lüneburg erhält 1 Mandat im AR-SKL.
- Ärztliche Versorgung des ländlichen Raumes mit fachlicher Kompetenz der Gesundheitsholding begleiten und aktiv zu unterstützen.

2. Mobilitätsaufgaben:

Der Landkreis erkennt an, dass die Hansestadt einen Knotenpunkt für landkreisweite Verkehre darstellt. Alle Entwicklungen mit dem Ziel einer modernen Verkehrspolitik können daher nur von Landkreis und Hansestadt gemeinsam bewältigt werden. Beide arbeiten bei der Entwicklung und Umsetzung zukunftsorientierter Verkehrskonzepte vertrauensvoll zusammen. Hierfür wird ein gemeinsamer „Mobilitätsgrundsatzausschuss“ installiert.

Der Landkreis als Träger des ÖPNV ist grundsätzlich bereit, sich an den laufenden Kosten einer Mobilitätszentrale hälftig zu beteiligen. Voraussetzung dafür ist, dass Hansestadt und Landkreis Lüneburg Konzeption und Betrieb der Mobilitätszentrale gemeinsam entwickeln bzw. in enger Abstimmung organisieren und betreiben.

Darüber hinaus wird sich der Landkreis an den investiven Kosten der Neuschaffung verkehrlicher Infrastruktur nach konkreter Absprache im Einzelfall beteiligen. Bei dem im Bebauungsplan Nr. 183 „Bahnhof“ vorgesehenen Maßnahmen (siehe Anlage 1, „Vorhabenübersicht Bahnhof“) ist eine Beteiligung an den Eigenanteilen der Hansestadt Lüneburg bei folgenden Projekten grundsätzlich das Ziel der Vertragspartner:

- Erweiterung Stellplätze für Fahrräder an der Ostseite des Bahnhofes
- Investitionen für die Mobilitätszentrale
- Erweiterung des ZOB
- Erweiterung und Neuschaffung von Radabstellanlagen (Radspeicher)
- Umgestaltung Bahnhofsvorplatz

Eine Beteiligung soll grundsätzlich in Höhe von maximal 50% der förderfähigen und nicht von anderen Fördergebern gedeckten Kosten des jeweiligen Projektes erfolgen und steht unter dem Vorbehalt des jeweils genehmigten Haushaltes des Landkreises.

Voraussetzung für die konkrete finanzielle Beteiligung ist jeweils eine finale Kostenkalkulation und Beschreibung des Projektes und eine Einbeziehung des Landkreises in der Planungsphase. Über die Mittelbereitstellung entscheidet der Kreistag im Sinne dieser Protokollnotiz.

3. Förderung Radverkehr:

Der Landkreis ist bereit, die Hansestadt Lüneburg im Rahmen der Investitionsförderung bei Maßnahmen aus der Radwegprioritätenliste der Hansestadt zu unterstützen, die an Radwege anschließen, die auf dem Radverkehrskonzept des Landkreises beruhen und in das Gebiet der Hansestadt fortgeführt werden und so ein geschlossenes Radwegenetz bilden. Im Einzelfall ist auch eine Förderung von gemeindeverbindenden Maßnahmen möglich, die nicht im Radverkehrskonzept des Landkreises dargestellt sind, aber nachweislich der Förderung gemeindeübergreifenden Radverkehrs dienen.

Eine Beteiligung soll grundsätzlich in Höhe von maximal 50% der förderfähigen und nicht von anderen Fördergebern gedeckten Kosten des jeweiligen Projektes erfolgen und steht unter dem Vorbehalt des jeweils genehmigten Haushaltes des Landkreises. Das Projekt Fahrradbrücke über die Ilmenau im Bereich der Lüner Rennbahn wird von der Hansestadt Lüneburg ohne finanzielle Beteiligung des Landkreises Lüneburg umgesetzt.

Voraussetzung für die konkrete finanzielle Beteiligung ist jeweils eine finale Kostenkalkulation und Beschreibung des Projektes und eine Einbeziehung des Landkreises in der Planungsphase. Über die Mittelbereitstellung entscheidet der Kreistag im Sinne dieser Protokollnotiz.

4. Interkommunale Zusammenarbeit:

Gemeinsames Ausländeramt:

Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass kurzfristig eine Überprüfung der Kostenerstattung des Landkreises für die Übernahme der Aufgabe des Ausländeramtes durch die Hansestadt Lüneburg erfolgt. Bei einem nachgewiesenen Mehrbedarf wird die Vereinbarung der Aufgabenübertragung zeitnah angepasst und darauf basierend der Mehrbedarf durch den Landkreis Lüneburg erstattet.

Familienbüro:

Die Zusammenarbeit im Bereich des Familienbüros hat sich bewährt und soll fortgeführt werden.

Klimaschutzleitstelle:

Landkreis Lüneburg und Hansestadt Lüneburg sind sich darüber einig, dass der Aufgabe des Klimaschutzes eine herausragende Rolle zukommt und dass diese Aufgabe in der Verantwortung einer jeden Kommune liegt. Beide Partner sind sich in diesem Zusammenhang einig, die Arbeit der Klimaschutzleitstelle neu auszurichten. Ziel soll es hierbei sein, die zukünftigen Herausforderungen in größtmöglicher Eigenständigkeit der jeweiligen Kommune zu bearbeiten, um die individuellen Themenstellungen und klimapolitischen Schwerpunkte nachhaltig angehen zu können.

5. Finanzierungs- und Nutzungsvereinbarung Arena Lüneburger Land

Hansestadt und Landkreis Lüneburg sind sich darüber einig, die „Finanzierungs- und Nutzungsvereinbarung über den Bau und den Betrieb der multifunktionalen Sport- und Veranstaltungshalle Arena Lüneburger Land“ (unterzeichnet am 23.10 bzw. 30.10.2017) anzupassen.

Die Hansestadt Lüneburg verzichtet auf die vereinbarten Nutzungsrechte für 10 Veranstaltungen (§ 5 der Vereinbarung). Statt eines Nutzungsentgeltes (§ 6 der Vereinbarung) zahlt die Hansestadt Lüneburg dem Landkreis Lüneburg einen gestaffelten Betriebskostenzuschuss (§ 3 der Vereinbarung).

Daher sind folgende Anpassungen vorzunehmen:

- § 3 wird gestrichen und durch folgenden neuen § 3 ersetzt:

Die Hansestadt Lüneburg zahlt dem Landkreis Lüneburg einen gestaffelten Betriebskostenzuschuss in Höhe von

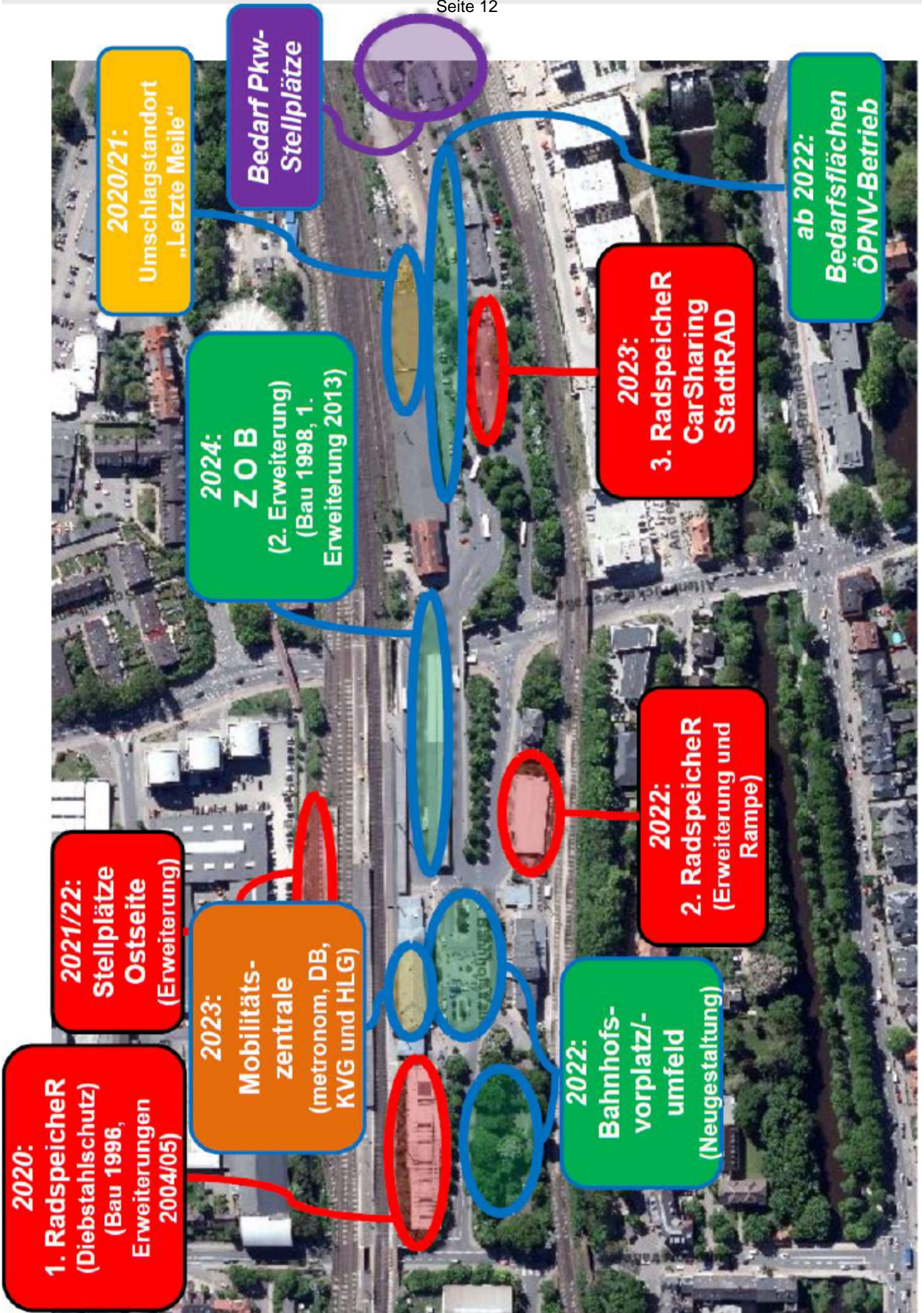
- 75.000 Euro pro Jahr für die Jahre 2021-2025
- 90.000 Euro pro Jahr für die Jahre 2026-2030
- 110.000 Euro pro Jahr für die Jahre 2031-2035
- 130.000 Euro pro Jahr für die Jahre 2036-2040

Darüber hinaus gehende Zahlungen der Hansestadt Lüneburg für den Betrieb der Arena erfolgen nicht.

- § 5 wird ersatzlos gestrichen, da die Hansestadt auf Nutzungsrechte verzichtet.
- § 6 Absatz 1 bleibt bestehen, da grundsätzlich eine Nutzung der Arena für Schul-, Hochschul- und Breitensport möglich sein wird
- § 6 Absätze 2 und 3 werden ersatzlos gestrichen, da die Hansestadt auf eine konkrete Vereinbarung zur Durchführung von Schul-, Hochschul- und Breitensport verzichtet.

Anlagen

1. Vorhabenübersicht Bahnhofsumfeld (Stand 25.09.2020)
2. Übersicht Finanzierungsbedarf für die Bauvorhaben der Gesundheitsholding Lüneburg (Stand 25.09.2020)
3. Klarstellende Erklärung zu Nr. 1 „Investitionsförderung Krankenhausentwicklung“



Übersicht Finanzierungsbedarf für Bauvorhaben der Gesundheitsholding Lüneburg

Zusammenfassung Finanzbedarf

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Summe
PKL KPP 1. BA	0,23	1,49	3,91	2,35								9,91
PKL KPP 2. BA		0,00	0,90	1,98	4,35	4,78	4,74	2,26				19,01
AEMP/4-Bettzimmer-Sanierung		0,70	1,00	0,75								2,45
SKL Ersatzbettenhaus		1,83	2,91	1,26								6,00
SKL Funktionsbau		0,00	3,59	3,59	4,66	10,36	10,35	3,45				36,00
Eigenanteil	0,23	4,02	12,31	9,94	9,01	15,14	15,09	5,71				73,37

Alle Summen in Mio. € brutto



HANSESTADT LÜNEBURG



LANDKREIS LÜNEBURG

Hansestadt Lüneburg
Der Oberbürgermeister

Landkreis Lüneburg
Der Landrat

**Klarstellende Erklärung zu Nr. 1 „Investitionsförderung Krankenhausentwicklung“
der Protokollnotiz für den Finanzvertrag zwischen Landkreis und Hansestadt
Lüneburg vom (Stand: 19.10.2020)**

Der 2. Satz im 5. Absatz „Voraussetzung dafür wäre, dass sich auch die Hansestadt Lüneburg in gleicher Höhe beteiligt“ ist wie folgt zu verstehen:

Die Investitionsbeteiligung der Hansestadt Lüneburg kann aus dem Konzernverbund geleistet werden, also allen Gesellschaften oder der Hansestadt Lüneburg selbst, mit Ausnahme der Psychiatrischen Klinik Lüneburg gGmbH und der Städtisches Klinikum Lüneburg gGmbH. Die Investitionsbeteiligung darf damit ihren Ursprung nicht in einer der beiden vorgenannten Gesellschaften haben.

Neben den Zuschüssen Dritter werden primär Investitionseigenmittel der Psychiatrischen Klinik Lüneburg gGmbH und der Städtisches Klinikum Lüneburg gGmbH für die Investitionen verwendet. Reichen die verfügbaren Investitionseigenmittel der genannten Gesellschaften und die Zuschüsse Dritter für den vereinbarten Investitionsbedarf nicht aus, so ergänzen Hansestadt und Landkreis bei Bedarf entsprechend der Protokollnotiz und dieser Erklärung die Investitionsmittel durch Investitionszuschüsse.

Lüneburg, 4. November 2020

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrich Mäde'.

Ulrich Mäde
Oberbürgermeister

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jens Böther'.

Jens Böther
Landrat

Personal Sozialhilfe
(Stand 31.12.2019)

Stellenverteilung 2019 - Finanzvertrag Bereich Sozialhilfe

Hansestadt	Funktion	VZÄ	Vergütung	KGST- Werte 100 %	Personal- kostenanteil nach KGSt Psch (PK) in €	Arbeitsplatz	Sachkosten 9.700,- € je Arbeitsplatz*	KGST-Werte 13/2019 GESAMT PK+SK in €
Bereich 50 - Service und Finanzen								
	Sachbearbeitung EDV	0,50	E10	73.100,00	36.550,00	1,00	9.700,00	46.250,00
	Haushalt / Finanzen	0,35	A12	95.000,00	33.250,00	1,00	9.700,00	42.950,00
	Zuarbeit	0,50	E06	51.000,00	25.500,00	1,00	9.700,00	35.200,00
	Beschaffung	0,33	E03	43.900,00	14.355,30	1,00	9.700,00	24.055,30
	Geschäftszimmer	0,46	E06	51.000,00	23.495,70	1,00	9.700,00	33.195,70
		2,14						
Bereich 51 - Soziale finanzielle Hilfen								
	Bereichsleitung	0,90	A13	106.000,00	95.400,00	1,00	9.700,00	105.100,00
		0,90						
Bereich 511 - Allgemeine Sozialhilfe								
	Sachbearbeitung	0,63	A11	86.100,00	53.812,50	1,00	9.700,00	63.512,50
	Sachbearbeitung	0,63	A10	77.200,00	48.250,00	1,00	9.700,00	57.950,00
	Sachbearbeitung	0,50	A10	77.200,00	38.600,00	1,00	9.700,00	48.300,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	A10	77.200,00	77.200,00	1,00	9.700,00	86.900,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	0,77	E09c	65.300,00	50.215,70	1,00	9.700,00	59.915,70
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	0,77	E09c	65.300,00	50.215,70	1,00	9.700,00	59.915,70
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
		12,29						
Bereich 512 - Hilfe zur Pflege								
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	0,75	A10	77.200,00	57.900,00	1,00	9.700,00	67.600,00
	Sachbearbeitung	0,63	E09c	65.300,00	41.008,40	1,00	9.700,00	50.708,40
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
		3,38						
Bereich 513 - Eingliederungshilfen								
	Teamleitung / Sachbearbeitung	0,90	A11	86.100,00	77.490,00	1,00	9.700,00	87.190,00
	Sachbearbeitung	0,77	E09c	65.300,00	50.215,70	1,00	9.700,00	59.915,70
	Sachbearbeitung	1,00	A10	77.200,00	77.200,00	1,00	9.700,00	86.900,00
	Sachbearbeitung	0,75	A10	77.200,00	57.900,00	1,00	9.700,00	67.600,00
	Sachbearbeitung	0,75	A10	77.200,00	57.900,00	1,00	9.700,00	67.600,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E05	48.300,00	48.300,00	1,00	9.700,00	58.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
		9,17						
Bereich 514 - Leistungen nach dem AsylbLG								
	Sachbearbeitung	1,00	E09b	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09b	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	0,77	E09b	65.300,00	50.215,70	1,00	9.700,00	59.915,70
		2,77						
Bereich 54 - Integration und Teilhabe								
	Bereichsleitung	0,45	S17	81.700,00	36.765,00	1,00	9.700,00	46.465,00
		0,45						
Bereich 542 - Hilfen in bes. Lebensl.								
	Sachbearbeitung	1,00	E09c	65.300,00	65.300,00	1,00	9.700,00	75.000,00
	Sachbearbeitung	0,77	A10	77.200,00	59.444,00	1,00	9.700,00	69.144,00
		1,77						
	Gesamtsumme	32,86			2.267.283,70		388.000,00	2.655.283,70

*Sachkosten je anteiliger Stelle voll zu berücksichtigen, d.h. für eine 0,5-Stelle sind die vollen 9.700,- € Sachkosten anzusetzen

Gesamtsumme VZÄ Sozialhilfe und Jugendhilfe	105,66	%	Anteil Beamte in Sozialhilfe:	27,14%
Gesamtsumme Beamte	18,24	17,26%	Anteil Tarifangestellte in Sozialhilfe:	72,86%
Gesamtsumme Tarifbeschäftigte	87,42	82,74%		

**Kennzahlen Sozialhilfe
(Stand 31.12.2019)**

A. Kapitel 3 SGB XII		Jan	Feb	März	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Ø Jahr 2019
1	Anzahl der Leistungsbezieher	265	263	263	263	262	262	262	261	260	260	259	258	261,67
2	Laufende Leistungsfälle	258	258	256	256	255	255	254	254	252	250	249	248	253,75
	a) davon befristete EU	205	205	204	204	203	203	202	202	201	200	200	200	202,42
	b) davon Altersrente	28	27	27	27	27	27	27	27	26	25	24	24	26,42
	c) davon Verwandtenpflege	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	14	14,92
	d) davon Sonstige	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10,00
3	Anzahl der Zugänge an	4	3	3	2	3	2	3	1	1	6	2	2	2,67
4	Anzahl der Abgänge an	5	3	6	2	3	2	4	1	1	8	3	3	3,42
5	Einmalige Leistungen	7	6	4	8	4	11	7	3	2	2	3	3	5,00
	a) davon Energieschulden	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0,17
	b) davon Mietschulden	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,17
	c) davon Kautionen	0	1	0	1	0	3	0	0	0	1	0	1	0,58
	d) davon einmalige Beihilfen, §	7	4	3	6	3	8	7	3	2	1	3	2	4,08
6	Anzahl der abgelehnten	2	2	1	2	3	1	2	1	2	2	3	2	1,75
7	Gesamtausgaben der lfd. Fälle	99.033,34 €	108.678,27 €	112.875,12 €	102.090,57 €	105.197,63 €	92.735,18 €	117.640,84 €	60.228,54 €	86.294,68 €	98.495,19 €	106.543,87 €	84.809,47 €	97.885,23 €
8	Gesamtausgaben pro lfd. Fall	383,85 €	421,23 €	440,92 €	398,79 €	412,54 €	363,67 €	459,53 €	237,12 €	342,44 €	393,98 €	429,61 €	341,97 €	385,47 €
9	Ausgaben einmalige	2.323,78 €	2.209,78 €	480,00 €	1.482,64 €	654,30 €	2.200,83 €	2.095,00 €	644,72 €	288,00 €	312,37 €	506,50 €	2.333,98 €	1.294,33 €
10	Ausgaben Energieschulden /	0,00 €	6.870,78 €	818,93 €	952,36 €	425,73 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	755,65 €
11	Ausgaben Kaution	0,00 €	900,00 €	0,00 €	1.017,00 €	0,00 €	1.590,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.160,00 €	472,25 €
12	Anzahl d. Bewilligungen/Verhütung	11	13	8	3	11	2	7	10	9	6	14	2	8,00
13	mtl. Ausgaben	1.982,57 €	1.566,64 €	1.460,88 €	718,92 €	979,93 €	247,18 €	1.060,34 €	1.177,39 €	1.240,33 €	381,32 €	1.461,93 €	227,70 €	1.042,09 €
B. Kapitel 4 SGB XII		Jan	Feb	März	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Ø Jahr 2019
1	Anzahl der Leistungsbezieher	1608	1600	1608	1611	1608	1611	1618	1611	1618	1636	1643	1644	1.618,00
2	Laufende Leistungsfälle	1.488	1.481	1.489	1.491	1.489	1.493	1.500	1.491	1.500	1.515	1.519	1.520	1.498,00
3	Einmalige Leistungen	24	27	26	22	25	14	19	17	12	14	14	9	18,58
	a) davon Energieschulden	2	2	2	1	4	0	1	0	0	2	1	1	1,33
	b) davon Mietschulden	1	1	0	1	0	1	0	2	0	0	0	0	0,50
	c) davon Kaution	8	8	3	3	6	3	4	4	3	1	3	2	4,00
	d) davon einmalige Leistungen,	13	16	21	17	15	10	14	11	9	12	10	6	12,83
4	Gesamtausgaben der lfd. Fälle	881.519,93 €	852.246,41 €	849.660,77 €	824.374,33 €	834.318,85 €	829.313,29 €	831.223,96 €	872.934,75 €	829.028,44 €	846.048,16 €	851.695,33 €	814.899,58 €	843.105,32 €
5	Gesamtausgaben pro Fall	592,42 €	575,45 €	570,63 €	552,90 €	562,21 €	555,47 €	564,15 €	585,47 €	552,69 €	558,45 €	560,69 €	536,12 €	563,05 €
6	Ausgaben einmalige	9.820,20 €	10.874,22 €	5.908,82 €	6.279,29 €	7.626,73 €	4.007,37 €	6.931,69 €	5.390,73 €	1.617,24 €	7.577,15 €	4.297,11 €	3.157,46 €	6.124,00 €
7	Ausgaben für Darlehen nach	10.288,73 €	8.445,32 €	3.148,28 €	3.862,62 €	8.336,25 €	4.189,60 €	4.433,00 €	6.133,28 €	2.888,00 €	4.426,66 €	3.674,54 €	3.072,10 €	5.241,53 €
C. Kapitel 8 SGB XII		Jan	Feb	März	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Ø Jahr 2019
1	Ausgaben gem. § 67 SGB XII,	4.830,13 €	12.173,20 €	7.955,97 €	17.004,08 €	4.752,22 €	21.941,03 €	16.374,73 €	16.909,86 €	13.792,66 €	17.002,95 €	15.950,47 €	29.348,36 €	14.836,31 €
2	Bestattungskosten, § 74 SGB	6.965,15 €	12.628,73 €	1.088,28 €	4.943,25 €	5.438,83 €	1.283,61 €	425,90 €	2.762,83 €	2.938,34 €	10.480,02 €	19.193,43 €	9.976,80 €	6.510,41 €
3	Leistungsfälle nach § 74 SGB	6	7	2	4	5	2	5	5	2	7	9	8	5,17
	a) Anzahl Einzelanträge	10	11	8	8	4	10	4	11	9	3	7	4	7,42
	aa) davon Bewilligungen	6	7	2	4	5	2	5	5	2	7	9	8	5,17
	ab) davon Ablehnungen	0	0	0	1	3	2	3	3	2	0	0	1	1,25

D. AsylbLG													Ø Jahr 2019	
	Jan	Feb	März	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez		
1	Anzahl der Leistungsbezieher	99	86	82	71	62	68	63	58	55	50	45	67,33	
2	Anzahl der Leistungsfälle nach	60	52	50	52	52	55	50	51	46	40	39	50,08	
3	Anzahl der Leistungsbezieher	221	226	234	239	235	230	223	210	225	218	206	226,33	
2	Anzahl der Leistungsfälle nach	149	152	157	166	168	156	151	149	154	147	143	155,00	
3	Gesamtausgaben § 3 AsylbLG	28.539,93 €	21.440,87 €	27.166,06 €	22.012,15 €	20.839,25 €	24.121,26 €	19.551,40 €	19.137,60 €	13.843,26 €	20.860,44 €	27.043,61 €	21.793,60 €	
	Gesamtausgaben § 2 AsylbLG													
4	(SGB XII analog)	123.405,00 €	112.007,19 €	117.111,14 €	175.407,70 €	130.918,77 €	131.830,31 €	158.349,61 €	98.180,61 €	86.874,57 €	146.790,16 €	141.459,84 €	134.468,20 €	
5	Gesamtausgaben pro Fall	475,66 €	412,32 €	543,32 €	423,31 €	400,75 €	438,57 €	391,03 €	375,25 €	300,94 €	521,51 €	600,97 €	433,15 €	
6	Gesamtausgaben pro Fall	828,22 €	736,89 €	745,93 €	1.056,67 €	779,28 €	845,07 €	1.048,67 €	658,93 €	564,22 €	998,57 €	989,23 €	867,00 €	
7	Ausgaben sonstige Leistungen	1.471,00 €	0,00 €	1.535,10 €	986,81 €	0,00 €	38,00 €	47,50 €	0,00 €	0,00 €	423,00 €	820,30 €	447,48 €	
8	Ausgaben einmalige	8.698,56 €	5.945,00 €	9.588,50 €	6.372,27 €	1.655,50 €	3.136,10 €	1.869,64 €	900,00 €	5.900,21 €	2.589,00 €	315,00 €	4.760,73 €	
9	Personen in gemeinnütziger	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00	
F. Hilfen zur Gesundheit													Ø Jahr 2019	
	Jan	Feb	März	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez		
1	Hilfe bei Krankheit § 48 SGB	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00	
2	§ 264 SGB V	326	326	326	330	314	313	313	306	305	305	305	316,58	
	a) davon nach Kapitel 3 SGB	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7,00	
	b) davon nach Kapitel 4 SGB	119	119	119	119	119	118	118	117	116	116	116	117,92	
	c) davon nach § 2 AsylbLG	200	200	200	204	188	188	188	182	182	182	182	191,67	
3	Anzahl der Leistungsbezieher	90	85	80	70	61	61	61	55	53	50	45	64,92	

Kennzahlen Bereich "Hilfe zur Pflege"
(Stand 31.12.2019)

Nr.	Kennzahl	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	2019
1	Fallzahlen Hilfe zur Pflege	297	296	300	305	309	308	306	306	306	304	300	300	303,08
2	davon lfd. Zahlfälle	254	256	259	262	271	268	267	270	269	265	264	263	264,00
3	davon Leistung auf Grundsicherung													0,00
4	Lfd. Zahlfälle HzP örtlicher Träger (incl. Kurzzeitpflege)	213	214	216	221	227	225	225	227	226	223	222	222	221,75
5	Lfd. Zahlfälle HzP überörtlicher Träger	41	42	43	41	44	43	42	43	43	42	42	41	42,25
6	Bewilligte Neuanträge	3	4	4	5	9	5	4	3	3	3	4	3	4,17
7	davon Pflegegrad 1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00
	davon Pflegegrad 2	1	2	3	2	3	2	2	2	2	1	2	2	2,00
	davon Pflegegrad 3	2	2	1	2	4	2	2	1	1	2	2	1	1,83
	davon Pflegegrad 4	0	0	0	1	2	1	0	0	0	0	0	0	0,33
	davon Pflegegrad 5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00
8	Anzahl der Erstberatungen													0,00
9	HE Pflegegrad 1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00
10	HE Pflegegrad 2	58	58	59	60	63	62	61	61	60	59	58	58	59,75
11	HE Pflegegrad 3	95	97	99	101	105	103	103	104	104	102	102	101	101,33
12	HE Pflegegrad 4	59	59	59	59	60	60	60	62	62	61	61	61	60,25
13	HE Pflegegrad 5	42	42	42	42	43	43	43	43	43	43	43	43	42,67
14	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Pflegegrad 1	28,68	28,68	28,68	28,69	28,69	28,69	28,71	29,02	29,02	29,05	29,12	29,36	28,87
15	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Pflegegrad 2	38,95	38,95	38,95	38,96	38,96	38,96	38,99	39,25	39,25	39,28	40,21	40,25	39,25
16	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Pflegegrad 3	61,94	61,94	61,94	61,95	61,95	61,95	61,97	62,58	62,58	62,62	62,98	63,12	62,29
17	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Pflegegrad 4	71,71	71,71	71,71	71,72	71,72	71,72	71,73	72,36	72,36	72,42	72,89	73,24	72,11
18	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Pflegegrad 5	79,26	79,26	79,26	79,28	79,28	79,28	79,3	80,36	80,36	80,39	81,25	81,58	79,91
19	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Unterkunft	13,77	13,77	13,77	13,79	13,79	13,79	13,81	14,02	14,02	14,10	14,35	14,69	13,97
18	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Verpflegung	12,48	12,48	12,48	12,50	12,50	12,50	12,52	13,21	13,21	13,26	13,26	13,58	12,83
19	Durchschnittliche Kosten der Heime bei Investkosten	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70	15,71	15,90	15,90	15,92	15,92	15,94	15,79
20	Durchschnittliche Nettokosten pro lfd. Zahlfall	753,12	714,32	756,97	681,89	632,58	642,25	711,82	667,74	818,44	812,36	813,65	819,36	735,38
21	Monatlich durchschnittliches Gesamteinkommen der Hilfeempfänger pro lfd. Zahlfall	749,38	738,26	739,62	758,41	716,87	743,97	855,79	827,43	841,91	855,60	856,71	869,99	796,16
22	Monatlich eingesparte Hilfe zur Pflege aufgrund der Realisierung von Unterhaltsansprüchen	4.425,11	4.447,17	4.114,11	4.333,03	3.618,43	4.286,37	5.116,44	4.567,71	4.767,71	4.852,49	5.032,30	5.320,24	4.573,43
23	Krankenhilfefälle stationär	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4,00
24	Fälle Bestattungskosten	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0,17
25	Kosten für Bestattungen	0,00	0,00	0,00	4.698,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	391,50
26	Lfd. Fälle Hilfe zu Pflege ambulant	51	50	51	40	47	48	49	45	44	45	53	47	47,50
27	davon FED	7	9	9	1	4	5	8	7	8	7	9	6	6,67
27	davon Häusliche Pflegehilfe ab 4/2017	14	10	14	13	18	19	16	17	17	17	17	16	15,67
28	Durchschnittliche Nettokosten pro lfd. Zahlfall	549,69	545,52	587,17	542,73	581,91	524,61	583,36	551,03	536,41	604,47	549,90	496,2	554,42
29	Fallzahl hochpreisige Fälle über 3.000 € mtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0,08
30	Durchschnittliche Nettokosten pro lfd. Zahlfall ausgenommen hochpreisige Fälle über 3.000 € mtl.	549,69	545,42	587,17	542,73	581,91	524,61	583,36	551,03	536,41	604,47	499,68	496,2	550,22

Stationär

ambulant

Kostenstellen der Hansestadt Lüneburg zur Abrechnung der Jugendhilfe

Kostenstelle HLG	Name	Abrechenbar Jugendhilfe
55010	BereichsStandard 55	x
55060	Fachdienst Nordost (521)	x
55070	Fachdienst Südwest (522)	x
55080	Abgrenzung nach § 42 UMA	x
55081	Abgrenzung UMA's	x
57810	KS Tagespflege	x

Kostenträger Hansestadt Lüneburg zur Abrechnung Jugendhilfe

Kostenträger HLG	Name	Abrechenbar Jugendhilfe
34100102	Gewährung von Unterhaltsvorschussleistungen	x
34100103	Rückholquote	x
34100104	Vollverzinsung UVG-Leistungen	x
34100199	Unterhaltsvorschussleistungen	x
36110102	Übernahme Elternbeiträge (KITA)	x
36110103	Übernahme Elternbeiträge (KRIPPE)	x
36110104	Übernahme Elternbeiträge (HORT)	x
36120102	Normale Tagespflege	x
36120103	Pädagogische Tagespflege	x
36210102	Außerschulische Jugendbildung (50%)	x
36300102	soziale Gruppenarbeit	x
36300103	Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer	x
36300104	Sozialpädagogische Familienhilfe	x
36300105	Erziehung in einer Tagesgruppe	x
36300106	Niederschwellige Hilfen § 27 SGB VIII	x
36311102	Jugendsozialarbeit	x
36312101	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	x
36312102	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	x
36320102	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie, Beratung inkl. Personensorge (nur SK 4332301)	x
36323102	Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Ihrem Kind	x
36324102	Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen	x
36337102	Vollzeitpflege	x
36337103	Bereitschaftspflegestellen	x
36338102	Heimerziehung	x
36338103	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35 SGBVIII	x
36338104	Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform	x
36340102	Hilfe für junge Volljährige	x
36340103	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	x
36340104	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	x
36351102	Mitwirkung in Verfahren vor den Vormundschafts- und Familiengerichten	x
36351103	Durchführung von begleitetem Umgang	x
36352102	Adoptionsvermittlung	x
36353102	Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	x
36354102	Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft (nur SK 4271250)	x

Personal Jugendhilfe
(Stand 31.12.2019)

Stellenverteilung 2019 - Finanzvertrag Bereich Jugendhilfe

Hansestadt	Funktion	VZÄ	Vergütung	KGST- Werte 100 %	Personal- kostenanteil nach KGSt Psch (PK) in €	Arbeitsplatz	Sachkosten 9.700,- € je Arbeitsplatz*	KGST-Werte 13/2019 GESAMT PK+SK in €
Bereich 50 - Service und Finanzen								
	Sachbearbeitung EDV	0,50	E10	73.100,00	36.550,00	1,00	9.700,00	46.250,00
	Haushalt / Finanzen	0,35	A12	95.000,00	33.250,00	1,00	9.700,00	42.950,00
	Zuarbeit	0,50	E06	51.000,00	25.500,00	1,00	9.700,00	35.200,00
	Beschaffung	0,33	E03	43.900,00	14.355,30	1,00	9.700,00	24.055,30
	Geschäftszimmer	0,46	E06	51.000,00	23.495,70	1,00	9.700,00	33.195,70
		2,14						
Bereich 52 - Soziale Dienste								
	Bereichsleitung	1,00	E12	89.100,00	89.100,00	1,00	9.700,00	98.800,00
		1,00						
Bereich 521 regionaler Fachdienst Nordost - Kinder und Jugendhilfe								
	Sozialarbeiter/in	1,00	S17	81.700,00	81.700,00	1,00	9.700,00	91.400,00
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	0,77	S14	66.600,00	51.215,40	1,00	9.700,00	60.915,40
	Sozialarbeiter/in	0,72	S14	66.600,00	47.818,80	1,00	9.700,00	57.518,80
	Sozialarbeiter/in	0,60	A10	77.200,00	46.320,00	1,00	9.700,00	56.020,00
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
	Sozialarbeiter/in	0,77	S14	66.600,00	51.215,40	1,00	9.700,00	60.915,40
	Sozialarbeiter/in	0,77	S14	66.600,00	51.282,00	1,00	9.700,00	60.982,00
	Sozialarbeiter/in	0,90	S14	66.600,00	59.740,20	1,00	9.700,00	69.440,20
	Sozialarbeiter/in	0,60	S14	66.600,00	40.159,80	1,00	9.700,00	49.859,80
	Sozialarbeiter/in	0,86	S14	66.600,00	57.142,80	1,00	9.700,00	66.842,80
	Sozialarbeiter/in	0,27	S14	66.600,00	17.915,40	1,00	9.700,00	27.615,40
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
	Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
	Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
	Sozialarbeiter/in	0,77	S14	66.600,00	51.215,40	1,00	9.700,00	60.915,40
	Sozialarbeiter/in	0,95	S14	66.600,00	63.270,00	1,00	9.700,00	72.970,00
	Sozialarbeiter/in	0,77	S14	66.600,00	51.215,40	1,00	9.700,00	60.915,40
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	0,64	S14	66.600,00	42.690,60	1,00	9.700,00	52.390,60
		17,65						
Bereich 522a regionaler Fachdienst Südwest - Kinder und Jugendhilfe								
	Teamleitung / Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
	Sozialarbeiter/in	0,90	S14	66.600,00	59.740,20	1,00	9.700,00	69.440,20
	Sozialarbeiter/in	0,77	S14	66.600,00	51.215,40	1,00	9.700,00	60.915,40
	Sozialarbeiter/in	0,08	S14	66.600,00	5.128,20	1,00	9.700,00	14.828,20
	Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
	Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
	Sozialarbeiter/in	0,65	S14	66.600,00	43.556,40	1,00	9.700,00	53.256,40
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	0,77	S14	66.600,00	51.215,40	1,00	9.700,00	60.915,40
	Sozialarbeiter/in	0,27	S14	66.600,00	17.915,40	1,00	9.700,00	27.615,40
	Sozialarbeiter/in	1,00	S14	66.600,00	66.600,00	1,00	9.700,00	76.300,00
		7,94						
Bereich 522b - Pflegekinderdienst und Adoption / Frühe Hilfe								
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sozialarbeiter/in	0,74	S14	66.600,00	49.550,40	1,00	9.700,00	59.250,40
	Sozialarbeiter/in	0,74	S15	74.400,00	55.353,60	1,00	9.700,00	65.053,60
	Sozialarbeiter/in	0,72	S14	66.600,00	47.752,20	1,00	9.700,00	57.452,20
	Familienhebamme / Gesundheitskinderkrankenschwester	1,00	S15	74.400,00	74.400,00			74.400,00
		4,21						
Bereich 523a Amtsvormundschaften, Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss								
	Sachbearbeitung	0,50	A12	95.000,00	47.500,00	1,00	9.700,00	57.200,00
	Sachbearbeitung	0,77	E09b	63.300,00	48.677,70	1,00	9.700,00	58.377,70
	Sachbearbeitung	0,88	A10	77.200,00	67.550,00	1,00	9.700,00	77.250,00
	Sachbearbeitung	0,23	E09b	63.300,00	14.622,30	1,00	9.700,00	24.322,30
	Sachbearbeitung	0,86	S14	66.600,00	57.582,36	1,00	9.700,00	67.282,36
	Sachbearbeitung	0,50	S14	66.600,00	33.300,00	1,00	9.700,00	43.000,00
	Sachbearbeitung	0,90	S14	66.600,00	59.740,20	1,00	9.700,00	69.440,20
	Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
	Sachbearbeitung	0,88	E09c	65.300,00	57.464,00	1,00	9.700,00	67.164,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
	Sachbearbeitung	1,00	A10	77.200,00	77.200,00	1,00	9.700,00	86.900,00
	Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00

Funktion	VZÄ	Vergütung	KGST-Werte 100 %	Personal-kostenanteil nach KGSt Psch (PK) in €	Arbeitsplatz	Sachkosten 9.700,- € je Arbeitsplatz*	KGST-Werte 13/2019 GESAMT PK+SK in €
Sachbearbeitung	0,50	E04	44.300,00	22.150,00	1,00	9.700,00	31.850,00
Sachbearbeitung	0,50	E04	44.300,00	22.150,00	1,00	9.700,00	31.850,00
Sachbearbeitung	1,00	E04	44.300,00	44.300,00	1,00	9.700,00	54.000,00
Sachbearbeitung	0,28	E09b	63.300,00	17.850,60	1,00	9.700,00	27.550,60
Sachbearbeitung	0,77	E09b	63.300,00	48.677,70	1,00	9.700,00	58.377,70
Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
	13,57						
Bereich 523b Wirtschaftliche Jugendhilfe							
Teamleitung / Sachbearbeitung	0,50	A12	95.000,00	47.500,00	1,00	9.700,00	57.200,00
Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
Sachbearbeitung	0,77	E09b	63.300,00	48.677,70	1,00	9.700,00	58.377,70
Sachbearbeitung	0,50	A10	77.200,00	38.600,00	1,00	9.700,00	48.300,00
Sachbearbeitung	0,72	E09c	65.300,00	46.885,40	1,00	9.700,00	56.585,40
Sachbearbeitung	0,45	E09b	63.300,00	28.485,00	1,00	9.700,00	38.185,00
Sachbearbeitung	0,87	E09b	63.300,00	55.197,60	1,00	9.700,00	64.897,60
Sachbearbeitung	1,00	A6	50.700,00	50.649,30	1,00	9.700,00	60.349,30
	6,81						
Bereich 524 Stadtjugendpflege, Jugendschutz, Partizipation							
Teamleitung	1,00	E10	73.100,00	73.100,00	1,00	9.700,00	82.800,00
Zuarbeit	0,50	E06	51.000,00	25.500,00	1,00	9.700,00	35.200,00
	1,50						
Bereich 525a Jugendgerichtshilfe							
Sozialarbeiter/in	1,00	S12	67.200,00	67.200,00	1,00	9.700,00	76.900,00
Sozialarbeiter/in	0,50	S12	67.200,00	33.600,00	1,00	9.700,00	43.300,00
Sozialarbeiter/in	0,50	S12	67.200,00	33.600,00	1,00	9.700,00	43.300,00
	2,00						
Bereich 52 Soziale Dienste							
Bereichsleitung	1,00	A12	95.000,00	95.000,00	1,00	9.700,00	104.700,00
	1,00						
Bereich 532 Verwaltung Kindertagesstätten							
Teamleitung	1,00	E11	78.400,00	78.400,00	1,00	9.700,00	88.100,00
Sachbearbeitung	1,00	E09a	65.000,00	65.000,00	1,00	9.700,00	74.700,00
Sachbearbeitung	1,00	E09b	63.300,00	63.300,00	1,00	9.700,00	73.000,00
Sachbearbeitung	1,00	E09a	65.000,00	65.000,00	1,00	9.700,00	74.700,00
Sachbearbeitung	1,00	E06	51.000,00	51.000,00	1,00	9.700,00	60.700,00
Sachbearbeitung	1,00	E09a	65.000,00	65.000,00	1,00	9.700,00	74.700,00
Sachbearbeitung	1,00	A6	50.700,00	50.700,00	1,00	9.700,00	60.400,00
Sachbearbeitung	1,00	A9	72.100,00	72.100,00	1,00	9.700,00	81.800,00
Fachstelle für Sprache	1,00	S08a	56.500,00	56.500,00	1,00	9.700,00	66.200,00
Sachbearbeitung	1,00	S08a	56.500,00	56.500,00	1,00	9.700,00	66.200,00
	10,00						
Bereich 533 Familienbüro							
Sachbearbeitung	1,00	A11	86.100,00	86.100,00	1,00	9.700,00	95.800,00
Sachbearbeitung	0,50	E10	73.100,00	36.550,00	1,00	9.700,00	46.250,00
Sachbearbeitung	0,90	E08	54.000,00	48.600,00	1,00	9.700,00	58.300,00
Sachbearbeitung	0,64	S08a	56.500,00	36.160,00	1,00	9.700,00	45.860,00
Sachbearbeitung	0,54	S08a	56.500,00	30.510,00	1,00	9.700,00	40.210,00
Sachbearbeitung	0,50	E05	48.300,00	24.150,00	1,00	9.700,00	33.850,00
Sachbearbeitung	0,77	S08a	56.500,00	43.505,00	1,00	9.700,00	53.205,00
Sachbearbeitung	0,15	E10	73.100,00	10.965,00	1,00	9.700,00	20.665,00
	5,00						
Gesamtsumme	72,80			4.823.994,66		940.900,00	5.764.894,66

*Sachkosten je anteiliger Stelle voll zu berücksichtigen, d.h. für eine 0,5-Stelle sind die

Gesamtsumme VZÄ (Jugendhilfe und Sozialhilfe)	105,66	%	Anteil Beamte in Jugendhilfe:	12,80%
Gesamtsumme Beamte	18,24	17,26%	Anteil Tarifangestellte in Jugendhilfe:	87,20%
Gesamtsumme Tarifbeschäftigte	87,42	82,74%		